



Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique suisse
Amministrazione digitale Svizzera

Umsetzungsplan 2023



1 Einleitung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ist seit 1. Januar 2022 operativ tätig. Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Leistungsauftrag der DVS sind in der «Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz» vom 1. Januar 2022¹ (Rahmenvereinbarung DVS) geregelt. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung DVS wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet. Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, welche zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder beitragen. Der vorliegende Umsetzungsplan DVS wurde durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet und beinhaltet drei Instrumente:

- Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste (Agenda DVS)²
- Umsetzungsplan E-Government³
- Arbeitsprogramm ICT⁴

¹ Vom Bundesrat verabschiedet am 24. September 2021 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 17. Dezember 2021

² Mit der Agenda DVS «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» setzen Bund und Kantone gemeinsame Schlüsselprojekte um. Die Agenda DVS beinhaltet Ambitionen und Initiativen.

³ Der Umsetzungsplan E-Government ist das Umsetzungsinstrument der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023. Er beinhaltet Umsetzungsziele und Massnahmen. Der Umsetzungsplan E-Government-Schweiz ist bis Ende 2023 gültig.

⁴ Das Arbeitsprogramm ICT umfasst sechs Themenschwerpunkte (Infrastruktur, Identität und Sicherheit, Datenmanagement, Cloud Governance, Netzwerk und Wissensmanagement, Procurement) zur Förderung und Koordination des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) in der öffentlichen Verwaltung.

2 Übersicht Agenda DVS

In der Agenda DVS legen Bund und Kantone fünf gemeinsame Ambitionen fest. Damit werden die dringend notwendige Entwicklung und Einführung von Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt. Die Ambitionen sollen bis Ende 2026 auf allen drei Staatsebenen erreicht sein. Sie werden für die Umsetzung in fünf Initiativen aufgeteilt.

Die Initiativen enthalten Initiativmassnahmen (INM) zur konkreten Umsetzung. Die leistungsverantwortliche Organisation (LvO) ist für die Umsetzung der INM als Projekt, Teilprojekt oder einzelne Massnahme innerhalb eines Projektes zuständig.

Ambition/Initiative	Zielbild der Initiative
1 Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung	Die Kantone verfügen über umfassende Serviceportale als Zugang zu digitalen Serviceangeboten, die ihre Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Die Serviceportale verfügen über die erforderlichen Grundfunktionen, um den Dialog mit der Verwaltung nutzerfreundlich zu vereinfachen. Die wichtigsten Leistungen der Gemeinden sind lebenssituationsbezogen integriert. Das Serviceangebot deckt mindestens 80 % eines gemeinsamen schweizweiten Servicekatalogs ab. Die Wiederverwendung von Basiskomponenten und Service-Bausteinen, die gemeinsam entwickelt werden, ist möglich und an Beispielen belegt.
2 Automatisierung für die Wirtschaft	Ein selbstregulierendes Ökosystem (Wirtschaft, Lösungsanbieter, Verwaltung) zur Nutzung von API (Schnittstellen) ist etabliert. Ein offenes branchenübergreifendes API-Verzeichnis steht zur Verfügung. Die rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Bereitstellung von API durch die Verwaltung sind geklärt. Zwei bis drei skalierbare Anwendungen sind mit dem Ökosystemansatz realisiert.
3 Identitätsmanagement und E-ID	<p>Ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz, mittels eines digitalen Nachweises, ihre Identität zu belegen. Der Bund ist Aussteller der E-ID und garantiert den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und die Gemeinden verwenden die E-ID flächendeckend.</p> <p>Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem, bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz.</p> <p>Die Nutzung der Vertrauensinfrastruktur steht allen offen, so dass weitere staatliche und private Stellen digitale Nachweise anbieten. Entsprechende Standards für Nachweise aus dem Behördenwesen sind etabliert.</p>
4 Föderales Datenmanagement	Die wesentlichen (rechtlichen, organisatorischen und kulturellen) Voraussetzungen für das föderale Datenmanagement unter Wahrung der hoheitlichen Zuständigkeiten sind geschaffen. Damit ist auf allen föderalen Ebenen eine systematische Datenbewirtschaftung nach einheitlichen Grundsätzen etabliert. Dies erlaubt namentlich die systematische Umsetzung des Once-Only-Prinzips (wesentliche Reduktion der Mehrfacherhebung der Daten). Der Nationale Adressdienst ist bei einer Mehrheit der Kantone im produktiven Einsatz. Weitere Projekte zeigen den konkreten Nutzen des föderalen Datenmanagements.

5 Cloud-Dienste	Die wichtigsten institutionellen und rechtlichen Grundlagen zur Nutzung der Cloud-Technologie im Verwaltungsumfeld sind geklärt. Der Einsatz der Cloud-Technologie folgt einer klaren Zielsetzung und kann systematisch (als gute Praxis) geplant werden. Der Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen ist mit konkreten Massnahmen adressiert.
-----------------	---

3 Umsetzungsplan DVS

3.1 Initiative 1: Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung (Agenda DVS)

3.1.1 INM1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs

Kontakt: Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Aktuell bestehen noch grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden und den Kantonen bei ihren digitalen Serviceangeboten. Die DVS strebt den schweizweiten Ausbau der Serviceangebote an und unterstützt die Gemeinden und Kantone bei deren Umsetzung. Mit dem Projekt verfolgt die DVS das Ziel, den digitalen Kanal zwischen der Bevölkerung und den Behörden zu etablieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Erstellung Studie
- M2: Erstellung Konzept
- M3: Umsetzung

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	21'285	100'000	300'000				421'285



3.1.2 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting (Kantonsprojekt)⁵

Kontakt: Mirjam Hostettler; mirjam.hostettler@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Realisierung unabhängiger Verifier
- M2: Realisierung Kontrollkomponenten
- M3: Realisierung Printoffice
- M4: Budget für allfällige Realisierung Public Bulletin Board mit Studie für Kantone

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			675'000	1'175'000	850'000	1'350'000	4'050'000

⁵ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.1.3 INM1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern⁶

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien. Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1:
 - Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimedialinhalte) gewährleisten.
 - Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen.
- M2:
 - Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen.
 - Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern.
- M3:
 - Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren.
 - Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen.
- M4:
 - Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren.
 - «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren.
 - Projektideen aus der Community integrieren.

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			900'000	900'000	900'000	900'000	3'600'000

⁶ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.1.4 INM1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch⁷

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine ch.ch-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten.

Das Budget wird verwendet, um das Frontend «ch.ch» zu realisieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) von ch.ch.

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			100'000	100'000	100'000	100'000	400'000

⁷ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.2 Initiative 2: Automatisierung für die Wirtschaft (Agenda DVS)

3.2.1 INM2.038: Standardisierung E-Bilanz

Kontakt: Michael Baeriswyl; michael.baeriswyl@ssk.ewv-ete.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Steuerkonferenz (SSK)

Beschreibung:

Für juristische Personen ist erst in wenigen Kantonen eine elektronische Steuerdeklaration möglich. Die Mehrheit der für die Deklaration relevanten Daten müssen zur Zeit von den Unternehmen manuell aus der Erfolgsrechnung und der Bilanz herausgelesen werden. Dieser aufwändige Prozess soll mittels einer standardisierten E-Bilanz digitalisiert und automatisiert werden können. Entsprechende Standards zur E-Bilanz werden voraussichtlich anfangs 2024 zur Verfügung stehen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initialisierung:
 - Klärung, welche Stakeholder involviert werden (auch ausserhalb der Fachdomäne Steuern), allenfalls Umfrage bei den kantonalen und der eidgenössischen Steuerverwaltung (KSTV/ESTV) bzgl. Projektbeteiligung
 - Informationserhebung zum PoC E-Bilanz bei der KSTV Obwalden
 - Erhebung der relevanten Finanzkennzahlen aus der Bilanz für die KSTV (und allenfalls weitere Stakeholder) und Abgleich mit XBRL-OR
- M2: Definition eines gemeinsamen Standards:
 - Erarbeitung des Standards zur E-Bilanz für die Steuerdeklaration juristische Personen und Eingabe als eCH-Standard bis Ende 2023 mit offizieller Publikation anfangs 2024

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	45'000	205'000					250'000

3.2.2 INM2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definieren

Kontakt: Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Mit der Erarbeitung eines oder mehrerer Standards für interoperable Behördenleistungsportale soll ein möglichst durchgängiges, bedürfnisgerechtes Nutzererlebnis ermöglicht werden: Denn letztlich sollen die Benutzenden mit einem einzigen Login all ihre Behördengänge erledigen können und dabei keine Daten doppelt erfassen müssen (Once-Only-Prinzip).

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initialisierungsphase/Konzept abschliessen
- M2: Umsetzung der Standards

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	49'960	50'000	50'000				149'960

3.2.3 INM2.062: Machbarkeitsstudie «Transport eCH-Standards» via Distributor

Kontakt: Thomas Bächler; thomas.baechler@suva.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: swissdec

Beschreibung:

Bei der Machbarkeitsstudie handelt es sich um einen technischen Proof of Concept (PoC) für die Übertragung bzw. den sicheren Transport von strukturierten Daten wie z. B. eCH-Standards. Im Endausbau eines solchen Standards soll eine «Swiss Exchange Plattform (SEP)» zur Verfügung stehen – im Sinne einer Basisinfrastruktur für den Austausch von strukturierten Daten in der Maschinen-zu-Maschinen Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Machbarkeitsstudie
- M2: PoC

Endtermin: 31.03.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	20'000	20'000					40'000

3.3 Initiative 3: Identitätsmanagement und E-ID (Agenda DVS)

3.3.1 INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte

Kontakt: Urs Paul Holenstein, urspaul.holenstein@bj.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Justiz (BJ)

Beschreibung:

Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz sowie Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sollen sich im Internet sicher identifizieren können. Dafür ist ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) erforderlich. Der Bund soll die staatliche E-ID ausstellen und für den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur verantwortlich sein. Neben der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (E-ID-Gesetz) werden für die E-ID-Vertrauensinfrastruktur Technologien erprobt. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Pilotprojekte durchgeführt: Die Bundeskanzlei (BK) überprüft die Machbarkeit eines elektronischen Ausweises für Mitarbeitende des Bundes (Proof of Concept ePerso). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) testen einen elektronischen Lernfahrausweis, mit dem Ziel, auch andere Verkehrszulassungen als elektronische Nachweise anbieten zu können. Hinzu kommt eine Reihe von kantonalen und privaten Pilotprojekten.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Entwurf E-ID-Gesetz und Ausführungsbestimmungen erarbeiten
- M2: E-ID Kommunikation spezifizieren und umsetzen
- M3: Pilotprojekt eLernfahrausweis (eLFA) umsetzen
- M4: E-ID-Ausstellung umsetzen

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	1'300'000	1'000'000				2'750'000

3.3.2 INM3.053: PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass

Kontakt: Reto Schubnell; reto.schubnell@tg.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Kanton Thurgau**Beschreibung:**

Im Rahmen eines Proof of Concept wird basierend auf der staatlichen E-ID der Thurgauer Digital Kultur- und Freizeitpass entwickelt. Mit dem Kultur- und Freizeitpass werden Abonnemente für ausgewählte (Pilotphase) öffentlich-rechtliche Einrichtungen wie Museen oder Sportanlagen abgeschlossen werden können. So wird beispielsweise der Zugang zu Sporteinrichtungen wie Hallenbäder, Eishallen, Freibäder oder die Vermietung von Sportmaterial erleichtert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzeption digitales Produkt
- M2: Konzeption Systemintegration in eine mögliche Basis-Infrastruktur des Bundesamts für Informatik
- M3: Konzeption Einbindung TG IDP mit natürlichen Personen in Vertretung von juristischen Personen.
- M4: Lösung zur Ausstellung von Abonnementen in Form von Nachweisen
- M5: MVP mit Nachweisen und Payment Integration

Endtermin: 15.03.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	21'320	50'000					71'320



3.3.3 INM3.058: Offener Standard für interoperable eID

Kontakt: Titus Fleck; titus.fleck@ari-ag.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton AR

Beschreibung:

Basierend auf einem PoC «Interoperabilitätslayer zwischen der eID+ des Kantons Schaffhausen und der eZug der Stadt Zug» wurde ein offener Standard entwickelt, der es erlaubt, alle PKI-basierten eIDs interoperabel zu machen. Parallel wurde eine Umfrage bei allen Kantonen über die gesetzliche Basis für die Verwendung anderer eIDs durchgeführt und es wird ein Leitfaden erarbeitet, anhand dessen Kantone und Gemeinden die für den Einsatz von eIDs erforderlichen gesetzlichen Grundlagen erarbeiten können.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Leitfaden gesetzliche Grundlage für eIDs von Kantonen und Gemeinden erstellen
- M2: Offener Standard für interoperable eIDs erarbeiten
- M3: Wartung des offenen Standards für interoperable eIDs
- M4: Betrieb und Governance

Endtermin: 31.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	202'947	94'705	60'000	60'000			417'652

3.3.4 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

Kontakt: Philipp Dasen; philipp.dasen@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC) Umgebung eines Identitätsverbunds inklusive CH-LOGIN, edu-ID und kantonaler Identitätsprovider (IdP) im Jahr 2023 und die operative Nutzung ab 2024.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Studie AGOV
- M2: PoC AGOV Funktional
- M3: Betrieb PoC-Umgebung BIT
- M4: Start Aufbau Supportorganisation
- M5: Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen
- M6: Georedundanz verfügbar
- M7: Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation
- M8: Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion)
- M9: Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen
- M10: Start Weiterentwicklung E-ID
- M11: Anschluss E-ID (Wallet2Federation-Service)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		3'100'000	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000	16'150'000

3.3.5 INM3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)

Kontakt: Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die E-ID-Gesetzgebung ermöglicht den Aufbau einer offenen, nationalen, digitalen Vertrauensinfrastruktur. Um die Ausgabe und Nutzung von digitalen Nachweisen im Umfeld der Verwaltung zu fördern, ist eine frühe Standardisierung wichtig. Eine DVS-Prioritätsliste von digitalen Nachweisen (VC) aus dem Behördenumfeld wird geführt. In einer Merkmalsliste werden alle benötigten Merkmale der Nachweise zur exakten Definition zusammengetragen, referenziert oder beschrieben. Aus dieser Liste wird anschliessend die Zusammenstellung einzelner Nachweise mithilfe von Stakeholdergruppen erarbeitet und überprüft. Das Gesamtergebnis nennt sich VC-Katalog und wird menschen- wie auch maschinenlesbar bereitgestellt. Die dafür notwendige Plattform wird nicht nur für Nachweise des Behördenumfelds genutzt, sondern auch für VC-Definitionen aus der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt. Somit sind z. B. einheitliche Wohnsitzbestätigungen in der ganzen Schweiz möglich, wodurch Prozesse vieler Akteure einfacher werden (u. a. Kantone, Hochschulen, SBB, Softwareanbieter). Für die Umsetzung wird eine Arbeitsgruppe gegründet.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betreuung des VC-Merkmalkatalogs
- M2: Leitung der Arbeitsgruppe iSVC

Endtermin: 26.04.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	40'000				140'000

3.4 Initiative 4: Föderales Datenmanagement (Agenda DVS)

3.4.1 INM4.014: Stammdaten Gebäude und Wohnungen – EGID und EWID – im Grundbuch

Kontakt: Patrick Kummer; patrick.kummer@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Das Projekt soll die Einführung der Stammdaten Gebäude und Wohnungen in die kantonalen Grundbuchsysteme ermöglichen. Ziel ist, die technischen und rechtlichen Voraussetzungen zu spezifizieren sowie die Implementierung der entsprechenden Dienste in die Grundbuchsysteme zu ermöglichen.

Das Projekt baut sowohl auf dem Auftrag des Bundesrats über Nutzung der Stammdaten Gebäude und Wohnungen auf, wie auch auf dem Prinzip «Once-Only» für die Daten der Grundbuchämter für die Statistik oder für weitere Nutzungsberechtigte.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Spezifikation erstellen
- M2: GBV-Entwurf erstellen
- M3: Implementierung umsetzen

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		60'000	240'000				300'000

3.4.2 INM4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen (KAK und VAK)

Kontakt: Fabio Tomasini; fabio.tomasini@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Jedes in der Schweiz aktive Unternehmen erhält eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Zur korrekten Zuteilung, Verwaltung und Verwendung der UID führt das BFS das UID-Register. Die UID-Stellen sind für die Verwaltung der Informationen der Unternehmen verantwortlich, die auf dem UID-System veröffentlicht werden. Ausgleichskassen (kantonale Ausgleichskasse und Verbandsausgleichskasse) stellen ein wichtiges Informationselement für das UID-System dar, insbesondere für alle Einheiten, die ausschliesslich in deren System verwaltet werden. Ein gutes Management des Datenaustauschs zwischen den UID-Stellen setzt eine vollständige Implementierung der eCH-Standards voraus. Mit der Modernisierung des eCH-0010/0239-Standards wird mit der Einführung des Konzepts der Adresstypologie ein weiterer Schritt in dieser Standardisierung unternommen. In einem nächsten Schritt gilt es, den künftigen Standard in den Systemen der kantonalen Ausgleichskassen (KAK) oder Verbandsausgleichskasse (VAK) umzusetzen. Mit der Harmonisierung der Adressverwaltung können die Prozesse zur Verwaltung von Adressidentifikationsdaten für alle Verwaltungsebenen deutlich vereinfacht und die im UID-Netzwerk ausgetauschten Informationen zum Nutzen aller angeschlossenen UID-Stellen eindeutig und transparent qualifiziert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Implementierung der eCH-Standards, insbesondere der Adresstypologie

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		450'000					450'000

3.4.3 INM4.016: Umsetzung NAD plus Pilotierungen

Kontakt: Werner Sark; werner.sark@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Ein Nationaler Adressdienst ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Projektleitung sicherstellen
- M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten
- M2: Konzeption und Organisation sicherstellen
- M3: Systementwicklung vornehmen.
- M4: Einführung und Kommunikation umsetzen

Endtermin: 30.06.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	530'000	2'710'000	4'242'500	1'620'000			9'102'500



3.4.4 INM4.024: Anforderungsmanagement und Weiterentwicklung einer nationalen Datenaustauschinfrastruktur

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Es wird geprüft, wie ein nationales Datenökosystem aufgebaut werden kann, so dass alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Auf Basis dieser Analyse sind mögliche Zusammenarbeitsformen der drei Staatsebenen und die erforderlichen institutionellen und konzeptionellen Grundlagen zu erarbeiten. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen zu evaluieren.

Um bereits im Rahmen der langfristigen Planung zügig Ansätze zu testen und eine Entlastung für alle drei Staatsebenen zu ermöglichen, sollen Pilotprojekte umgesetzt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architektur Blueprint V1
- M2: Architektur Blueprint V2
- M3: Trägerschaft identifiziert
- M4: Prototypen identifiziert
- M5: Prototypen umgesetzt

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	480'000	1'400'000	1'400'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000	6'680'000

3.4.5 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

Kontakt: Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019–2023 und insbesondere des Grundsatzes «open-by-default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige und nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal opendata.swiss aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen
- M2: Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen
- M3: Integration oder Anbindung der Plattformen
- M4: IT-Projektleiter/in Migration/Anwendungsverantwortliche(r) anstellen
- M5: Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden.
- M6: Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services)

Endtermin: 31.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	114'200	750'000	500'000	500'000			1'864'200

3.4.6 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

Kontakt: Benjamin Rothen; benjamin.rothen@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene bisher existierende und neu geschaffene Gremien werden die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- a) Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- b) Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim Bundesamt für Statistik;
- c) Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik auseinandersetzen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Roadmap aufbauen
- M2: Community Manager/in anstellen
- M3: Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen
- M4: Informationsplattform aufbauen
- M5: Anwendungs-Manager/in anstellen
- M6: Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen

Endtermin: 31.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	41'000	545'000	340'000				926'000

3.4.7 INM4.064: Interkantonale Beschaffung einer IT-Lösung in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kantonen

Kontakt: Mario Bürgler; mario.buergler@sz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton SZ, Amt für Landwirtschaft

Beschreibung:

Die gemeinsame Beschaffung der zwölf Kantone (Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St.Gallen, Tessin, Uri und Zürich; nachfolgend Agricola-Kantone) umfasst die Dienstleistungen einer IT-Lösung, welche Bereiche des eidgenössischen Landwirtschaftsrechts (Direktzahlungen) und weitere eidgenössische und kantonale Rechtsgebiete (Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz) vollzieht. Die «Agricola»-Kantone betreiben heute gemeinsam in Form einer einfachen Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit eine Geschäftsstelle, welche beim Kanton Zürich angesiedelt ist. Die Geschäftsstelle ist derzeit mit einem 100 %-Pensum ausgestattet. Die Entwicklungs- und Migrationsprojekte für die neue IT-Lösungen sollen neu über eOperations Schweiz AG laufen, während der restliche Anteil der Geschäftsführung bis zum Ende der Übergangsphase, voraussichtlich per 31. Dezember 2025, bei der derzeitigen Geschäftsstelle im Kanton Zürich belassen wird. Damit sollen die Prozesse in den Kantonen vereinheitlicht, Synergien genutzt, Kosten reduziert und die Rechtspersönlichkeit von eOperations Schweiz AG genutzt werden. Mit dieser Idee öffnen sich zusätzliche Möglichkeiten für andere Kantone.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Anforderungsanalyse
- M2: Spezifikationen
- M3: Entwicklung

Endtermin: 31.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	400'000	600'000			1'300'000

3.5 Initiative 5: Cloud-Dienste (Agenda DVS)

3.5.1 INM5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.

Kontakt: Greg Hernan; greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Das Projekt soll den Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen prüfen. Auf Basis dieser Prüfung sind mögliche Zusammenarbeitsformen der drei Staatsebenen und die erforderlichen institutionellen Grundlagen zu erarbeiten. Mögliche Zusammenarbeitsformen können beispielsweise gemeinsame Beschaffungen (z. B. sogenannte «Digitale Marktplätze») und Service-Angebote oder die Erarbeitung von Hilfsmitteln und Wissens- und Austauschplattformen umfassen (z. B. Methoden zur Risikoanalyse, Architektur-Blueprints, Wiki). Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen zu evaluieren. Der Bund und die Kantone entscheiden über die nächsten Schritte (z. B. Aufbau gemeinsamer Service-Angebote). Das Projekt baut damit sowohl auf dem Folgeauftrag des Bundesrats an die Organisation DVS aus dem Bericht «Swiss Cloud» als auch auf der Zielsetzung der Arbeitsgruppe «Cloud Governance» auf. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der eOperations Schweiz AG durchgeführt. Die Arbeitsgruppe «Cloud Governance» bildet die Kerngruppe des Projekts

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Bedarf ermitteln und spezifizieren

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000					300'000

3.6 Umsetzungsziele des Umsetzungsplans E-Government

3.6.1 UZ01: EasyGov.swiss ausbauen

Kontakt: Pascal Graf; pascal.graf@seco.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort KMU-Politik

Beschreibung:

EasyGov macht die für Unternehmen nötigen Behördengänge einfach auffindbar und ermöglicht eine effiziente Abwicklung mittels eines zentralen Zugangsportals für Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das sichere und zuverlässige Zugangsportale erlaubt es, Bewilligungs-, Antrags- und Meldeverfahren an einem Ort nach dem Once-Only-Prinzip zu erledigen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architekturreview betreffend Machbarkeit der Integration von Bundes-, kantonalen und kommunalen Leistungen unter Einbezug der relevanten Akteure in einer Studie erstellen
- M2: Integration von kantonalen Behördenleistungen für Unternehmen, die von mehreren Kantonen gewünscht werden, auf EasyGov.swiss sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		200'000					200'000

3.6.2 UZ03: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen⁸

Kontakt: Mirjam Hostettler; mirjam.hostettler@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Weiterentwicklung der Systeme
- M2: Wirksame Kontrolle und Aufsicht sicherstellen
- M3: Stärkung der Transparenz und des Vertrauens
- M4: Stärkere Vernetzung mit der Wissenschaft

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	290'000	450'000					740'000

⁸ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.3 UZ05: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern⁹

Kontakt: Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die Digitale Verwaltung Schweiz stellt jährlich Mittel von maximal CHF 150'000 zur Verfügung, um E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene zu fördern. Gemeinden und Kantone können in einem jährlichen Wettbewerb Unterstützung aus diesen Mitteln beantragen. Eine Jury entscheidet über deren Zuteilung. Projekte müssen innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Ziel ist es, elektronische Kanäle für die Bürgerpartizipation in Gemeinden und Kantonen zu etablieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Jährlichen E-Partizipationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	150'000					300'000

⁹ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.4 UZ06: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern ¹⁰**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien.

Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1:
 - Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte) gewährleisten
 - Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen
- M2:
 - Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen
 - Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern
- M3:
 - Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren.
 - Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen
- M4:
 - Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren
 - «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren
 - Projektideen aus der Community integrieren

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	930'000	900'000					1'830'000

¹⁰ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.5 UZ07: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren¹¹

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine ch.ch-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten.

Das Budget wird verwendet, um das Frontend «ch.ch» zu realisieren. Die Inhalte werden von der Content-Schnittstelle bezogen, welche mit dem Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern», Massnahme M1 (UZ6) realisiert wird.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) des neuen ch.ch. Stilllegung des alten ch.ch

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	70'000	100'000					170'000

¹¹ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.6 UZ09: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen

Kontakt: Mathias Steffen; mathias.steffen@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Die auf Bundesebene definierten Stammdaten (Umsetzung der Strategie Bundesstammdaten) sollen auch für die öffentlichen Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden verfügbar gemacht werden. Dabei soll eine Übersicht der rechtlichen, organisatorischen und technischen Massnahmen erstellt werden, die notwendig sind, um den Zugriff auf die Bundesstammdaten durch die Kantons- und Gemeindeverwaltungen zu ermöglichen. Ferner soll eine Identifikation und Dokumentation erstellt werden, in der Kernregister oder nationale Dienste, die Stammdaten und dazugehörige eindeutige Identifikatoren geführt werden. Es wird ein Vorschlag eines Governance-Modells für die nationale Dateninfrastruktur erstellt. Von besonderem Interesse sind folgende Kernregister und Referenzsysteme:

- Unternehmen:
 - Betriebs- und Unternehmensregister (BUR); Unternehmensidentifikationsregister (UID)
- Objekte und Geoinformation:
 - Gebäude- und Wohnungsregister (GWR); Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI)
- Personen:
 - Gemeinde und kantonale Einwohnerregister (EWR) via Nationaler Adressdienst (NAD).
Langfristiges Ziel ist, dass diese fünf Basisregister und Infrastrukturen durch eine zentrale Organisation namens «Nationale Dateninfrastruktur» koordiniert werden, aber die Führung dieser Basisregister und Infrastrukturen dezentral sichergestellt wird.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Fachkonzept, Referenzarchitektur und Organisationskonzept für die Führung von Registern gemäss dem Once-Only-Prinzip in Zusammenarbeit mit Ämtern der Bundesverwaltung und einem Pilotkanton erarbeiten (Scope: Personen, Unternehmen, Gebäude und Wohnungen sowie Geodaten)
- M2: Inventar der durch Bund, Kantone und Gemeinden genutzten Stammdaten in Zusammenarbeit mit den Staatsebenen erstellen; Nationales Datenglossar, das für alle Fachbereiche verständlich ist, erarbeiten
- M3: Pilotprojekt beim BFS und einem Pilotkanton durchführen
- M4: Integration des harmonisierten Systems des amtlichen Adressverzeichnisses gemäss der GeoNV-Verordnung Art. 26b / c (RS 510.625) in die kantonalen Handelsregister

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	50'000	300'000					350'000

3.6.7 UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)

Kontakt: Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Um das Angebot an freien Behördendaten möglichst effizient zu gestalten, koordinieren Bund, Kantone und Gemeinden ihre Datenpublikation und leisten damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des schweizerischen Datenökosystems. Ziel ist, diese Koordination direkt zu unterstützen und zu konkretisieren. Das Angebot einer freien Nutzung zu maschinell bearbeitbaren Verwaltungsdaten (Open Government Data) ist Bestandteil von transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördendienstleistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sowie die Wissenschaft. Frei verfügbare Behördendaten vereinfachen durch einfach zugängliche Informationen die Entwicklung innovativer Lösungen und ermöglichen wirtschaftliche Innovation.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initiativen im Bereich «Data Driven Innovation» auf kantonaler und kommunaler Ebene zur Schaffung einer Community fördern
- M2: Projekte zur Stärkung der gemeinsamen Diffusion von Bund und Kantonen im Bereich der Statistik umsetzen
- M3: Hosting-Lösung für institutionelle Kleinanbieter offener Daten anbieten
- M4: Weiterbildung im Bereich Data Management mit Fokus auf Open Data

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	150'000					300'000

3.6.8 UZ12: Standardisierung fördern¹²**Kontakt:** Dominic Müller; dominic.mueller@ech.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Verein eCH**Beschreibung:**

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E-Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Strategische Leistung: Unterhalt der Standardisierung sicherstellen, das heisst Pflege und Verankerung von Standards garantieren
- M2: Den Fachgruppen von eCH administrative und organisatorische Unterstützung anbieten
- M3: Standardisierungs-Checks (Potentialanalysen) durchführen

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	209'212	250'000					459'212

¹² Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.9 UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Der Umsetzungsplan beinhaltet verschiedene Umsetzungsziele und Massnahmen. Diese beziehen sich auch auf bestehende oder noch zu schaffende Systeme und Organisationen. Ziel ist, dass die Massnahmen des Umsetzungsplans gemäss der Gesamtarchitektur gesteuert werden, um Abhängigkeiten und Schnittstellen frühzeitig zu erkennen und aufzuzeigen.

Die benötigten Architekturelemente, Systeme und Domänen sind zu sichten und zu definieren. Die Abhängigkeiten müssen aufgezeigt und eine architektonische Sicht auf die Vorhaben des Umsetzungsplans etabliert werden. Die Architektur wird zyklisch angepasst und nach Vorgaben der «TOGAF» (The Open Group Architecture Framework) geführt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architekturboard aufbauen.
- M2: Gesamtarchitektur zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 definieren
- M3: Gesamtarchitektur umsetzen
- M4: Pilotprojekt zur Integration von E-Services in verschiedenen Portalen umsetzen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	100'000					550'000



3.6.10UZ16: Innovative Projekte fördern¹³

Kontakt: Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die Digitale Verwaltung Schweiz stellt jährlich Mittel von maximal CHF 200'000 zur Verfügung, um innovative Projekte zu unterstützen. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Eine Jury bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Jährlicher Innovationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	200'000	200'000					400'000

¹³ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.11UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten¹⁴

Kontakt: Timur Acemoglu; timur.acemoglu@ejjustice.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Verein eJustice CH

Beschreibung:

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Die Gemeinwesen oder Projekte erhalten bei konkreten rechtlichen Fragestellungen eine summarische Erstberatung
- M2: Der Austausch zwischen den Gemeinwesen im Rahmen einer interkantonalen juristischen Fachgruppe wird gefördert
- M3: Koordination in rechtlichen Fragen, inkl. Pflege und Ausbau der online-Dokumentation auf der Webseite der Digitalen Verwaltung Schweiz sicherstellen
- M4: Monitoring E-Government Rechtssetzung
 - Aktuelle Rechtslage
 - Aktuelle und bevorstehende rechtliche Entwicklung (laufende Rechtssetzungsprojekte)

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	54'000	54'000					108'000

¹⁴ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.12UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken

Kontakt: Vanessa Eugster; vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in elektronische Behördenleistungen realisieren (z. B. Medienarbeit, Microsite)
- M2: Netzwerk von Fachexperten aus Verwaltung und Wissenschaft aus allen Landesteilen bilden und pflegen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	100'000	100'000					200'000

3.6.13UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Kontakt: Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, konkrete Projekte, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln, zu unterstützen. Diese Angebote sollen einen Skalierungseffekt beinhalten und mehrere föderalen Stufen überschreiten und das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht Führungskräften und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung vermitteln, um so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Kursangebot oder andere Formate zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen für alle Staatsebenen aufbauen und bekannt machen.

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	170'000					320'000

3.7 Arbeitsgruppen DVS

3.7.1 Arbeitsgruppe Telekommunikation (T)

Kontakt: Sabina Steiner, sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Telekommunikation koordiniert den Datenaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch und setzt sich für die Standardisierung relevanter Themen im Telekommunikationsbereich ein.

Mit der Durchführung der jährlichen Landsgemeinde KomBV-KTV leistet die Arbeitsgruppe einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und zum Betrieb des schweizweiten Netzwerks von Bund, Kantonen und den Kantonspolizeien



3.7.2 Arbeitsgruppe Voice (V)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Michael Rathgeb, Kanton Zürich

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Voice steuert und betreut die Beschaffung von Telekommunikationsleistungen für die öffentlichen Verwaltungen, insbesondere die Konditionserklärungen der Telekommunikationsanbietenden. Sie entwickelt die Verträge aus der Telekommunikationsbeschaffung 2020 über die eOperations Schweiz AG weiter.

3.7.3 Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit (S)

Kontakt: Andreas Burren, andreas.burren@digitale.verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Adrian Gutknecht, Kanton Solothurn

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit erarbeitet Best Practice-Regeln für den Schutz digital gespeicherter Daten. So beurteilt sie Sicherheitsaspekte von neuen oder sich abzeichnenden Tendenzen im IKT-Bereich, schlägt risikominimierende Massnahmen in den Bereichen Hard- und Software vor oder stellt Empfehlungen zur Minderung von Informatiksicherheits-Risiken bereit. Die Arbeitsgruppe setzt im Krisenfall unkompliziert und rasch Task Forces ein und stellt damit die Beratung sicher.

Ziele:

- S1: Die Arbeitsgruppe unterstützt den Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) im Handlungsfeld Standardisierung / Regulierung bei der Umsetzung der Massnahme «Evaluierung und Einführung von Minimalstandards». Sie trägt mit der gezielten Förderung zur Umsetzung der Network Security Policy NSP-SIK 2017 zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus innerhalb der Kantone und des Bundes bei.
- S2: Der Einzug von «Hybrid-Cloud» Ansätzen (MS365 als ein Teilbereich, SASE, CASB etc.) wird detailliert analysiert und für die NSP ein entsprechender, erweiterter «Cloud»-Teil ausgearbeitet. Dies erfolgt auch im Zusammenhang des aufkommenden Zero-Trust-Ansatzes, so dass alle Kantone mit dem Thema gleich umgehen können. Vorgehen und Resultate dieses Ziels werden eng mit der Arbeitsgruppe Cloud Governance koordiniert.

3.7.4 Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID (I)

Kontakt: Marcel Kessler, marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz/Leitung: Titus Fleck, Appenzell Ausserrhoden Informatik AG

Beschreibung:

Die breit abgestützte, gemeinsame Arbeitsgruppe koordiniert die Bestrebungen im Bereich Identitätsmanagement schweizweit fachlich. Sie ist eingebunden in die Projektorganisation E-ID des Bundes.

Ziele:

- I1: Wissensgleichstand schaffen was in der Schweiz für Lösungen im Einsatz sind.
- I2: Vernetzung, Informations- und Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der öffentlichen Hand zum Identitätsmanagement und zur E-ID / Köpfe kennen. Austausch über E-ID Lösungen, Expertenwissen, Konsens, gemeinsames Vokabular und gemeinsames Verständnis, verlängerter Arm, um Bedürfnisse im Bund einzubringen und regelmässig informiert zu werden.
- I3: Interoperabilität von bestehenden Lösungen fördern und umsetzen.
- I4: Vorbereitung auf Bundeslösung: Koordination von Prototyp- und Pilotprojekten sowie Testeinrichtungen zur raschen Überprüfung von Konzepten und Lösungsideen.
- I5: Fördern von konkreten Anwendungsfällen und gemeinsame Best Practices.
- I6: Ein gemeinsames Verständnis zu Vertrauensniveaus und zur Rechtswirkung der elektronischen Identität schaffen / welche Level of Assurance (LoA) pro Anwendungsfall ist notwendig.
- I7: Implikationen auf rechtliche Grundlagen in den Kantonen analysieren.
- I8: Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung (Informationsmaterial, Fachbeiträge, Veranstaltungen, systematischer Einbezug der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Parlamente, der Verbände, der Medien und Meinungsführer)

3.7.5 Arbeitsgruppe Datenplattformen (D)

Kontakt: Andreas Burren, andreas.burren@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz/Leitung: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Datenplattformen behandelt Fragestellungen aus Vorhaben und Projekten rund um die Themen Datenhaltung, den Einbezug von Datenplattformen für die Datenbeschaffung, den Verbund von Registern und Datenplattformen, die Datenharmonisierung und die Stammdatenverwaltung. Sie arbeitet an der Erstellung eines Inventars bezüglich Datenhaltung, Architekturen, Schnittstellen, Leistungen sowie Vorhaben und Projekte in den Kantonen mit. Sie fördert und unterstützt den Erfahrungsaustausch.

Ziele:

- D1: Das bestehende Projektinventar wird zu einer «Digital Project Knowledge Base» ausgebaut und den Gemeinwesen zur Verfügung gestellt. Diese Knowledge Base beinhaltet möglichst viele geplante, laufende sowie abgeschlossene Projekte im Bereich des Data Managements aller drei Staatsebenen. Die Knowledge Base ist so konzipiert und umgesetzt, dass weitere Felder der Digitalisierung darin aufgenommen werden können (z. B. Cloud, IAM, OGD etc.). Die Gemeinwesen sind aktiv über die Project Knowledge Base informiert.
- D2: Es wird ein ERFA-Fachanlass «Data Management» konzipiert und als breit abgestützte Veranstaltung durchgeführt. Diese hat zum Ziel, Lösungen zu finden, zu präsentieren und auszubreiten für aktuelle Herausforderungen im Data Management bei Kantonen und Gemeinden.
- D3: Das operative Data Management in Kantonen und Gemeinden wird unterstützt durch:
 - Identifikation und Verbreiten von Best Practices zur Klassierung von Daten,
 - ein Faktenblatt zur Verwendung der AHV-Nr. zur Personenidentifikation (ab Mitte 2022 nach Inkrafttreten des Gesetzes),
 - eine Bedarfsanalyse und ggf. durch das Initiieren eines eCH Standards für die Operabilität von Personen- und Subjektdaten (analog eCH129 im Bereich Objektdaten),
 - Es wird geprüft, ob für das Data Management der Gemeinwesen eine Prozessbibliothek für End-to-End-Prozesse und Use Cases erarbeitet werden kann.
- D4: Abstimmen sämtlicher Ziele und Tätigkeiten der Arbeitsgruppe mit weiteren relevanten Akteuren auf der Stufe Bund: Es ist eine tragfähige und nachhaltige Zusammenarbeit etabliert mit den relevanten Akteuren der DVS, der BK-DTI und dem BFS. In der Folge sind die Projekt-Governance sowie Aufträge, Ziele und Aktivitäten aufeinander abgestimmt.

3.7.6 Arbeitsgruppe Cloud Governance (C)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Cloud Governance erarbeitet Grundlagen, Hilfsmittel und Best Practice Methoden für die Integration und Nutzung von Cloud-Diensten im Rahmen der IKT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung. Wichtiger Bestandteil der Arbeiten ist der Austausch mit Cloud-Service-Anbietern, Politik, Datenschutz (u. a. privatim), Informations- und Cybersicherheit, Telekommunikation und weiteren Akteuren inkl. Privatwirtschaft. Ziel ist, gemeinsame Formulierungen, Konzepte und Lösungen zu schaffen.

Ziele:

- C1: Definition der Standardvertragsklauseln für sichere Cloud-Dienste für die öffentliche Verwaltung in der Schweiz.
- C2: Bereitstellung einer Methodik und der Werkzeuge für die Risikoanalyse
- C3: Aufbau eines Cloud-Wiki für die Ablage der Begriffsdefinitionen, Konzepte und Informationsmaterialien zum Thema «Cloud in der öffentlichen Verwaltung» in Kooperation mit der AG Datenplattformen im Rahmen des Aufbaus der Knowledge Base.
- C4: Systematische Sammlung und Bereitstellung von Hilfestellungen, Massnahmen und Werkzeugen für den sicheren Betrieb von Cloud-Diensten in der Knowledge Base.

3.7.7 Arbeitsgruppe ERFA Workplace (WP)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Erich Hofer, Kanton Bern

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Workplace behandelt Themen rund um den digitalen Arbeitsplatz der öffentlichen Verwaltung. Sie erarbeitet gemeinsam nutzbare Lösungen und entwickelt diese weiter. So werden beispielsweise Hard- und Softwarekomponenten sowie Services (erforderliche Dienstleistungen) geprüft. Die Arbeitsgruppe gibt Empfehlungen ab und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern. Die Arbeitsgruppe führt jährlich eine Workplace Conference zu aktuellen ICT-Themen mit Fokus auf die Büroautomation durch.

Ziele:

- WP1: Erfahrungsaustausch und Einarbeitung in neue Themen im Zusammenhang mit dem Thema Workplace.
- WP2: Durchführung der Veranstaltung Workplace Conference zu aktuellen Themen rund um den digitalen Workplace der öffentlichen Verwaltung.

3.7.8 Arbeitsgruppe iSVC (VC)

Kontakt: Marcel Kessler, marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Für die Realisierung der Ambition 3 ist vorgesehen, dass die Vertrauensinfrastruktur (Ökosystem) des Bundes für alle zur Verfügung steht. Die E-ID stellt einen wichtigen Nachweistyp des Ökosystems dar. Aber auch andere staatliche und private Stellen können digitale Nachweise ausstellen. Um dies im Umfeld der Behörden zu fördern, ist eine inhaltliche Standardisierung anderer Nachweise wichtig. Eine Liste von priorisierten digitalen Nachweisen (VC) wird spezifiziert. In einem VC-Katalog wird einerseits eine Merkmalsliste geführt, welche eine Übersicht der im Ökosystem genutzten Attribute darstellt. Die Merkmale enthalten Referenzen auf bestehende Standards (namentlich eCH) und bestehende Merkmalskataloge. Andererseits werden die mit den Merkmalen zusammengestellten Nachweise definiert und beschrieben. In einem nachfolgenden Schritt ist vorgesehen, Elemente aus dem VC-Katalog in eCH-Standards zu überführen. Ausstellerinnen dieser VC und Verifikatorinnen (Prüferinnen von VCs) können sich auf den Inhalt der standardisierten Attribute verlassen. Somit sind z. B. einheitliche Wohnsitzbestätigungen in der ganzen Schweiz möglich. Auch Akteure wie die SBB oder Fachhochschulen profitieren von dieser Standardisierung.

Ziele:

- VC1: Inhaltliche Standardisierung der digitalen Nachweise (VC) vorantreiben.
- VC2: Zentrale Anlaufstelle für die inhaltliche Standardisierung von VC des Behördenumfelds.
- VC3: Verbindlichkeit der Merkmalslisten und Standards fördern. Einbezug der bestehenden Merkmalskataloge garantieren.
- VC4: Verantwortung der VC-Katalogplattform.
- VC5: Grundlagen zur Erstellung der eCH Standards.
- VC6: Organisation der Multistakeholdergruppen pro VC
- VC7: Fördern von konkreten Anwendungsfällen und gemeinsame Best Practices zusammen mit den Multistakeholdergruppen.
- VC8: Weiterentwicklung der DVS Prioritätsliste unter Einbezug der Behörden (Bund, Kantone, Städte und Gemeinden)
- VC9: Koordination mit Standardisierungsvorhaben der Privatwirtschaft.



4 Budget- und Planungsübersicht der Agenda DVS und des Umsetzungsplans E-Government (in CHF 1000)

Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
INM1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs	21	100	300				421
INM1.026: Neuausrichtung E-Voting (Kantonsprojekt)			675	1'175	850	1'350	4'050
INM1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern			900	900	900	900	3'600
INM1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch			100	100	100	100	400
INM2.038: Standardisierung E-Bilanz	45	205					250
INM2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definiert	50	50	50				150
INM2.062: Machbarkeitsstudie «Transport eCH-Standards» via Distributed	20	20					40
INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	450	1'300	1'000				2'750
INM3.053: PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass	21	50					71
INM3.058: Offener Standard für interoperable eID	203	95	60	60			418
INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)		3'100	4'450	5'600	2'000	1'000	16'150
INM3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)		100	40				140
INM4.014: Stammdaten Gebäude und Wohnungen – EGID und E-WID – im Grundbuch		60	240				300
INM4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen (KAK und VAK)		450					450
INM4.016: Umsetzung NAD plus Pilotierungen	530	2'710	4'243	1'620			9'103
INM4.024: Anforderungsmanagement und Weiterentwicklung einer nationalen Datenaustauschinfrastruktur	480	1'400	1'400	1'200	1'100	1'100	6'680
INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	114	750	500	500			1'864
INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41	545	340				926



Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
INM4.064: Interkantonale Beschaffung einer IT-Lösung in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kanton		300	400	600			1'300
INM5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.		300					300
UZ01: EasyGov.swiss ausbauen		200					200
UZ03: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	290	450					740
UZ05: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	150	150					300
UZ06: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	930	900					1'830
UZ07: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	70	100					170
UZ09: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	50	300					350
UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)	150	150					300
UZ12: Standardisierung fördern	209	250					459
UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	450	100					550
UZ16: Innovative Projekte fördern	200	200					400
UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	54	54					108
UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	100	100					200
UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	150	170					320
Total	4'779	14'659	14'698	11'755	4'950	4'450	55'290